

## Maßnahmen zur Sicherstellung der Attraktivität der Landesverwaltung

### Chance vertan!

Am 20. Juli 2016 wurden die Gespräche über die Maßnahmen zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der Attraktivität der Landesverwaltung als Arbeitgeber fortgesetzt. Dabei wurde schnell deutlich, dass es für lebensältere Beschäftigte keine flächendeckende Altersteilzeitregelung geben soll. „Zur Möglichkeit der Entlastung lebensälterer Beschäftigter haben wir mehr erwartet“, erklärte dbb-Verhandlungsführer Karl-Heinz Leverkus am 21. Juli 2016, „hier verspielt das Land eine Chance, langjährig Beschäftigten einen gleitenden Übergang aus dem Erwerbsleben zu ermöglichen.“

Der dbb erklärte die Gespräche zur altersmäßigen Entlastung lebensälterer Beschäftigter in Potsdam für gescheitert, blieb aber trotzdem gesprächsbereit über weitere Maßnahmen, mit deren Hilfe Arbeitskräfte besser gebunden werden, lebensältere Beschäftigte gesund und arbeitsfähig bleiben und neue Beschäftigte gewonnen werden können. Keine Gesprächsbereitschaft in diesen Bereichen zu zeigen, wäre der falsche Weg gewesen, so dbb beamtenbund und tarifunion-Verhandlungsführer Leverkus, zu groß seien die Herausforderungen, vor denen der öffentliche Dienst in Brandenburg in den nächsten Jahren stehen werde. Dazu müssten Gewerkschaften und Landesregierung ihren Dialog fortsetzen.

Im Ergebnis verständigten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber darauf, bis Ende 2019 4,5 Millionen Euro in die Erarbeitung eines Rahmenkodexes „Gute Arbeit“ zu investieren. Darin enthalten sind unter anderem die Fortsetzung der Qualifizierungsoffensive, die Weiterentwicklung familien- und lebensphasenbewusster Personalpolitik sowie Handlungsrichtlinien zum Gesundheitsmanagement. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Umgang mit Nachwuchskräften. Diese sollen 2017 und 2018 aufgestockt werden. Das Thema Befristungen wird einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen. Ziel des dbb ist der Abbau des hohen Befristungsanteils. Verbesserungen soll es auch bei der Frage der Mehrarbeit geben, hier werden verkürzte Fristen für den Zeitausgleich angestrebt. „Dies ist weniger als unsere Forderungen und nur ein Minimalkonsens“, erklärte Leverkus, „Brandenburg hat sich allerdings zusammen mit den Gewerkschaften auf einen Weg gemacht, der richtungsweisend sein kann.“

**Wir kämpfen für die Mitglieder unserer Fachgewerkschaften!**

**Deshalb: Mitglied in der DPoIG Brandenburg werden! Jetzt!**